

Delegiertenversammlung der Platzunion Olten und Umgebung.

## **Sparen auf dem Buckel des Personals**

Das Referat von SEV-Präsident Charly Pasche zu den Privatisierungstendenzen bei den SBB stand im Zentrum der Delegiertenversammlung der Platzunion Olten und Umgebung. Die DV machte deutlich: Die Gewerkschafter von Post und Bahn sind es überdrüssig, dass undurchdachte Sparübungen auf dem Buckel des Personals ausgetragen werden.

Die Schlagworte Rationalisierung, Privatisierung und Flexibilisierung schweben über dem Arbeitsalltag der Bahn- und Postbeamten. Die gut besuchte Delegiertenversammlung der Platzunion Olten und Umgebung, Dachverband von gegen 2500 Bähnern und Pöstlern, im Restaurant „Center“ in Olten zeigte Verunsicherung, Unmut und Zweifel an den Unternehmungsführungen und politischen Aufsichtsorganen auf. Sauer stösst besonders auf, dass Informationen immer erst dann erfolgen, wenn Entscheide zur Kenntnis genommen werden sollen.

### **Schatten durch Defizite**

Präsident Josef Vonarburg stellte in seinem Jahresbericht den Bezug der allgemeinen politischen Entwicklung und der Rezession zu den Problemen der beiden grossen Bundesbetriebe her:

Bundesrat und bürgerlich dominiertes Parlament schienen die Existenzsorgen der Lohnabhängigen kaum zu kümmern.

In dieser Situation würde das Bundespersonal wieder einmal neidisch beobachtet. Doch die Bundesbetriebe und ihr Personal gerieten angesichts ihrer Defizite unter Druck. Privatisierungsgelüste hätten Post und Bahn im Visier, allerdings nur die gewinnbringenden Teile. Angesichts der roten Zahlen der öffentlichen Hand würden die flächendeckenden Leistungen so noch mehr in Frage gestellt. Und noch sei die Frage der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen nicht ausreichend gelöst.

Panik sei aber fehl am Platz, denn den vielen Fragezeichen stünden die grossartigen Leistungen des Personals und die gewerkschaftliche Kraft gegenüber. Schade sei, dass gerade heute die Chance verpasst würde, qualifiziertes Personal, das lange genug fehlte, zu rekrutieren.

Der Föderativverband verfolge genau die Revision des Beamtengesetzes, die flexible Anstellungsbedingungen und eine neue Lohnstruktur (mit Leistungskomponente) beinhaltet. Die Lage verlange Solidarität und Aktivität der Arbeitnehmer. Der sich im Gang befindende Umbruch zeige bei der, unternehmerischen und politischen Führung Schwächen auf und fordere die Gewerkschaften aufs äusserste.

### **Privatisierung SBB**

Die fast zwei Milliarden Franken, die der Bund für die Bahn aufwenden müsse, seien auf zwei Hauptgründe zurückzuführen, kam Charly Pasche nach Bemerkungen zur allgemeinen Lage auf sein Thema „Privatisierung bei den SBB“ zu sprechen: Von 1980 bis 1991 sei der Benzinpreis real um 40% gesunken. So konnten auch die Gütertarife nicht der Teuerung angepasst werden. Allein teuerungsbereinigte Tarife würden pro Jahr eine Milliarde Mehreinnahmen bringen. Waren im Jahre 1987 grüne Verkehrsmassnahmen „in“, habe sich der Stellenwert des öffentlichen Verkehrs heute wieder massiv verschlechtert.

Heute schlage die Sparwut zu. Zum Beispiel werde die Privatisierung des Wagenreinigungsdienstes Basel analysiert. Die Gruppe koste die SBB heute 1,3 Mio. Franken. Eine Privatfirma habe die gleichen Dienste für 840'000 Franken angeboten. Da eigentlich nur Personalkosten anfielen, bedeute das im Klartext: Sparen beim Personal, Sparen mit und bei tiefsten Löhnen. Mit solchen Massnahmen würden die SBB nicht saniert. Übrigens sei die Angebotszahl inzwischen schon erhöht worden.

Pasche beschrieb dann einige weitere Privatisierungsobjekte: Teile der Hauptwerkstätten, das Elektrizitätswerk Amsteg, die Bodenseeschiffahrt, die Hotelzug AG. Auch der Abbau von 700 Stellen beim Zugpersonal sei eine indirekte Privatisierung, würden doch für die Sicherheit private Wachmannschaften engagiert. Auch das neue Beamtengesetz tendiere Richtung Privatisierung, indem neues Personal privatrechtlich angestellt werden sollte.

Die nötige Revision des Eisenbahngesetzes, das SBB und private Regionalbahnen subventionsmässig gleichstellen sollte, sei vom Departement Ogi angesichts des Widerstandes der Kantone wieder schubladisiert worden. Die Erfahrungen bei der „Entflechtung“ und Privatisierung der Deutschen Bahn (DB) durch drei Holdings seien abschreckend.

In der Diskussion spielte die Informationspraxis eine Hauptrolle. Gerüchte zirkulierten, klammheimlich würden Privatisierungsprojekte entworfen und wieder verworfen. Auch die regionalen Führungskräfte würden nicht gefragt und informiert. Vorschläge für eigene Verbilligungen seien oft nicht gefragt. Die Informationspraxis bestehe darin, bloss noch gefasste Entscheide bekanntzugeben.

Pasche zeigte sich zuversichtlich, dass das Personal widerstehe. Er könnte sich eine Grossdemo in Bern vorstellen, an der das Personal für den Bestand seiner Unternehmen einstünde. Und sicher habe die Bevölkerung mehr Verständnis für SBB und PTT als die eigenen Generaldirektionen.

Auf die Frage, ob der SEV bereit sei, auf konkrete und unsinnige Privatisierungsprojekte zu reagieren, bejahte Pasche die Bereitschaft des SEV. Kämpfen allerdings könne nicht die Verbandsspitze, kämpfen müssten die Eisenbahner.

### **Sozial abfedern**

Ohne grosse Diskussionen konnten Rechnung und Wahlgeschäfte erledigt werden. Die Geschäftsleitung setzt sich weiter aus Jo Vonarburg, Präsident, Roland Schmid, Vizepräsident, Roland Baumann, Kassier, und Richard Kunz, Sekretär, zusammen.

Zum Schluss der Versammlung setzte Regierungsratskandidat das Gehörte wieder in Beziehung zu den Vorgängen in der Privatwirtschaft. Es sei wichtig, dass die Stimme der Arbeitnehmer in der Regierung vertreten sei. Der Kanton könne zwar Betriebsschliessungen und Stellenabbau nicht verhindern, aber er habe die Aufgabe der sozialen Abfederung. Und er habe die Aufgabe, längerfristig durch Wirtschaftsförderung, Bildungspolitik und Innovationsförderung neue Arbeitsplätze zu fördern. Dafür stehe er ein, sagte Leuenberger.

## **Unverständliche Zentralisierung**

Schon in seiner Begrüssung in der Eisenbahnerstadt sprach Präsident Jo Vonarburg Klartext:

Die „Öffentlichen“ seien durch Stellenabbau, Rationalisierung und Privatisierung unter Druck geraten und für nötige Investitionen fehle der öffentlichen Hand das Geld.

Viele Entscheide und Pläne seien unverständlich: Der Linienabbau und die Verlagerung von der Schiene und der Strasse widerspreche den ökologischen Erfordernissen. Und während Bundesämter dezentralisiert würden, werde bei den Regiebetrieben zentralisiert.

Die Zentralisierung der Postcheckämter, der auch Olten, Solothurn und Aarau zum Opfer fallen würden, mache nicht grossen Sinn. In der Hochkonjunktur hätten vor allem die ländlicheren Gegenden noch genügend Personal gehabt, und eine Zentralisierung würde bei der nächsten Hochkonjunktur wieder Personalengpässe bringen. Und in den Zentren seien Sonderzuschläge zu zahlen. Diese Politik sei unverständlich und unwirtschaftlich zugleich.

Die Platzunion habe in Sachen Postcheckämter bei Regierung und Stadt Olten mit Briefen interveniert. Und der Regierungsrat habe denn auch bereits nach Bern geschrieben. Zumindest dürfe die fragwürdige Übung nicht jetzt, bei hoher Arbeitslosigkeit, abgewickelt werden.

SoAZ, 11.4.1992.

Platzunion Olten, 11.4.1992.

Platzunion > DV Olten. Privatisierungen. SoAZ, 1992-04-11